



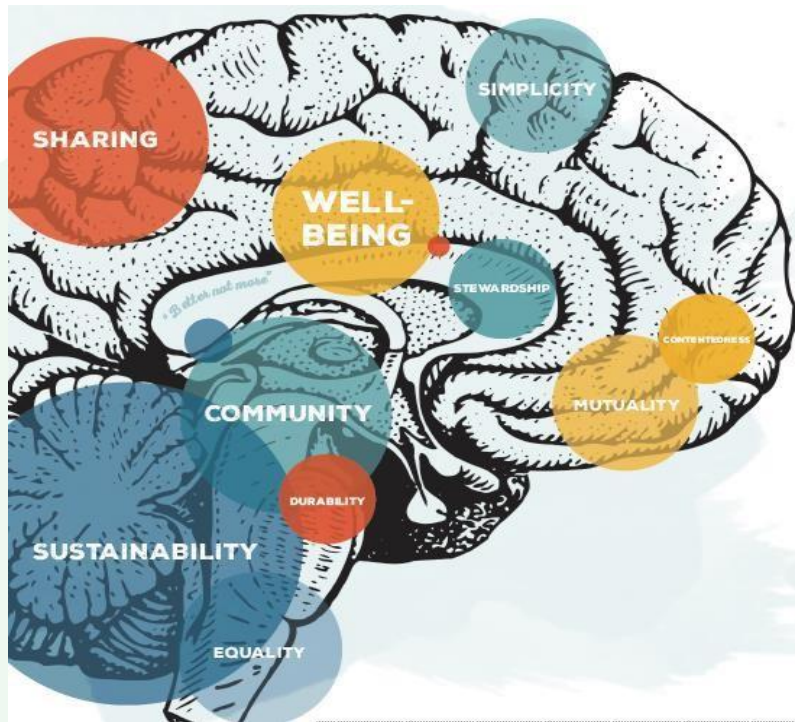
**Friends of
the Earth
Europe**

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

for the people | for the planet | for the future



Ein Arbeitsplatzgarantieprogramm für eine Postwachstumsökonomie

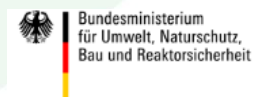
Erstellt von Riccardo Mastini | September 2018

**Übersetzung durch:
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)**

Friends of the Earth Europe gratefully acknowledges financial assistance from the:

European Commission, Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation and Nuclear Safety (BMU) and Umweltbundesamt.

The contents of this document are the sole responsibility of Friends of the Earth Europe and cannot be regarded as reflecting the position of the funders mentioned above. The funders cannot be held responsible for any use which may be made of the information this document contains. Detailed information about Friends of the Earth Europe's funding can be found at: www.foeeurope.org/about/financial



Friends of the Earth Europe asbl Rue d'Edimbourg 26 | 1050 Brussels | Belgium

EU Transparency Register no. 9825553393-31 | Tel. +32 2 893 10 00 | info@foeeurope.org | www.foeeurope.org

Steigerungen der Arbeitsproduktivität bedeuten, dass es weniger Menschen braucht, um dieselbe Menge Waren und Dienstleistungen zu produzieren. Dies wird besonders der Fall sein, wenn beispielsweise verstärkte Automatisierung und künstliche Intelligenz eingesetzt werden, um menschliche Arbeitskraft zu ersetzen. Wenn die Wirtschaft schnell genug wächst, um Steigerungen der Arbeitsproduktivität auszugleichen, gibt es kein Problem. Aber wenn die Wirtschaft nicht wächst, dann könnten Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren. In der EU ist der Mangel an Beschäftigung drängender geworden als der Mangel an Produkten. Dies gilt insbesondere für die Jugend in den südlichen Mitgliedstaaten. Im Grunde genommen produzieren wir Waren und Dienstleistungen hauptsächlich, sodass Menschen in Arbeit sind anstatt für ihre Bedürfnisse zu sorgen. **Daher wird der Übergang zu einer Postwachstumsökonomie mit der Herausforderung konfrontiert sein, in einer nicht mehr wachsenden Volkswirtschaft Einkommen zu garantieren.**

Der erste Schritt in diese Richtung erfordert eine Abkoppelung der Beschäftigung vom Wirtschaftswachstum. Dieser Wandel ist unbedingt notwendig, denn Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt können es Bürgerinnen und Bürgern erleichtern, den Ideen des Postwachstums politisch etwas abzugewinnen. Schließlich besteht stets die Sorge, dass Nachhaltigkeitspolitiken, die das Wirtschaftswachstum hinterfragen, sie arbeitslos machen. Langfristig könnten Befürworterinnen und Befürworter des Postwachstums danach streben, Einstellungen gegenüber der Arbeit zu verändern, sodass das Selbstwertgefühl der Menschen nicht mehr davon abhängig ist, dass sie durch bezahlte Arbeit Geld verdienen können. Ein allgemeines Grundeinkommen könnte eine solche Möglichkeit sein. Damit wäre es nicht mehr notwendig, in Vollzeit zu arbeiten, da Menschen ein garantiertes Auskommen hätten, gleichgültig, ob sie arbeiten oder nicht. Arbeit ist und bleibt jedoch ein grundlegender Wert in unserer Gesellschaft und sollte weiterhin unser Ausgangspunkt sein.

Angesichts der drängenden ökologischen Krise gibt es nur noch eine begrenzte Anzahl Jahre, um Wählerinnen und Wähler davon zu überzeugen, sich für einen kontrollierten, humanen Wandel hin zu einer kleineren Volkswirtschaft zu entscheiden. Mit diesem Zeitrahmen ist es ausgeschlossen, auf eine Veränderung tieferer Einstellungen zu warten. **Zudem trägt ein allgemeines Grundeinkommen nicht notwendigerweise dazu bei, die Vorherrschaft des „Ökonomismus“ in unseren Gesellschaften zurückzudrängen, den materiellen Konsum zu senken** oder natürliche Ressourcen stärker zu schonen.

Eine Alternative zum allgemeinen Grundeinkommen in EU-Mitgliedstaaten könnte ein Arbeitsplatzgarantieprogramm sein. **Das bedeutet, dass der Staat als „Arbeitgeber der letzten Instanz“ fungiert**, indem er die Gelder bereitstellt, um eine einheitliche Vergütung einschließlich Sozialleistungen für alle anzubieten, die willens und in der Lage sind zu arbeiten.

Die vielversprechendste Eigenschaft der Arbeitsplatzgarantie ist, dass sie nicht durch Profitstreben eingeschränkt ist. **Daher schafft sie die Möglichkeit, dass Menschen außerhalb der Sphäre der Kapitalakkumulation ihren Lebensunterhalt verdienen können.** Und da durch die Arbeitsplatzgarantie ermöglichte Arbeit so gesteuert werden könnte, dass es um Produktion für die Nutzung geht anstatt Produktion für den Austausch, könnte sie ökologisch nachhaltige Projekte und Produktionsmethoden begünstigen, die der private Sektor nicht unternehmen wird und kann. Wer im Rahmen der Arbeitsplatzgarantie arbeitet, könnte alles Mögliche tun, das aus demokratischer Sicht einen sozialen Wert hat. Dies könnte unsere Vorstellung von Arbeit potenziell erweitern, um Tätigkeiten wie Altenpflege, Wiederherstellung von Lebensräumen und Dienstleistungen für die Gemeinschaft mit einzubeziehen.

Eine Arbeitsplatzgarantie könnte auch im privaten Sektor die Arbeitsbedingungen verbessern. Wenn Beschäftigte im privaten Sektor immer die Option haben, einen öffentlichen Arbeitsplatz anzunehmen, wären private Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gezwungen, mindestens so gute Vergütung, Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen anzubieten wie der Staat. Das Paket aus Vergütung und Sozialleistungen, das unter der Arbeitsplatzgarantie angeboten wird, würde als Mindeststandard für die gesamte Volkswirtschaft fungieren. Der Staat könnte die Arbeitsplatzgarantie nutzen, um die wöchentliche Arbeitszeit zu verkürzen.

Beispielsweise könnte der Staat eine Vier-Tage-Woche einführen und dadurch private Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber unter Druck setzen, es ihnen gleichzutun. Dieser Ansatz würde es zudem erleichtern, in einer Postwachstumsökonomie Vollbeschäftigung zu erzielen. Wenn nämlich alle in einer nicht wachsenden Volkswirtschaft einen Arbeitsplatz haben sollen, wird es notwendig sein, dass die Menschen weniger arbeiten und die Beschäftigung umverteilt wird. Eine Reduktion der Arbeitszeit ist deswegen erforderlich, um die Arbeit aufzuteilen. Bei diesem letzten Gesichtspunkt besteht der Vorbehalt, dass eine Arbeitszeitverkürzung die Auswirkungen auf die Einkommen berücksichtigen muss.

Auf die Frage, wie eine Arbeitsplatzgarantie finanziert werden kann, kann das Finanzinstrument der „souveränen Geldschöpfung“ eine Antwort anbieten. Souveräne Geldschöpfung bedeutet, dass von der Zentralbank geschaffenes Geld, das dem Konto des Staates gutgeschrieben wird, in die Volkswirtschaft hinein ausgegeben wird. Wenn Zentralbanken erlaubt wird, Geld zu schaffen, das im öffentlichen Interesse in die Volkswirtschaft hinein ausgegeben wird, wird das die Vorstellung durchkreuzen, es gebe „kein Geld“ für die Dinge, die die Gesellschaft braucht. Einfacher ausgedrückt: Geld wächst doch auf Bäumen.¹

¹ Für eine ausführlichere Diskussion verweisen wir auf das Diskussionspapier von Friends of the Earth Europe "Sovereign Money Creation For A Post-Growth Economy" bzw. die deutsche Übersetzung „Souveräne Geldschöpfung für eine Postwachstumsökonomie“.

Die größte Herausforderung für die Arbeitsplatzgarantie liegt in der Fähigkeit des Staates zu reagieren, d.h. eine ausreichende Zahl öffentlicher Arbeitsplätze für alle Arbeitslosen zu schaffen, bereitzustellen und zu verwalten. Erstens verfügen europäische Staaten über mehr oder weniger effiziente, aber sehr unterschiedliche bürokratische Apparate, weshalb der Erfolg von Arbeitsplatzgarantieprogrammen in verschiedenen Ländern unterschiedlich sein könnte. Zweitens erfordert ein Arbeitsplatzgarantieprogramm Fachwissen beim Staat hinsichtlich der Frage, welche Arbeitsplätze „nützlich“ sind. Mit anderen Worten: der Staat sollte die Vorteile und Risiken solcher Arbeitsplätze bewerten können, indem er beispielsweise folgende Punkte prüft:

- ob sie dem öffentlichen Wohl dienen, auch wenn es keinen finanziellen Vorteil gibt; dies hat das Risiko zur Folge, dass es teurer werden könnte, diese Arbeitsplätze zu finanzieren;
- ob sie einige Produkte und Dienstleistungen auf dem Markt anbieten, auch wenn dabei das Risiko besteht, auf dem Markt nicht richtig bewertet zu werden;
- ob sie einerseits zwar gewünschte Umweltsanierung leisten, aber dadurch andererseits ein System fördern, in dem die privaten Kosten von Umweltverschmutzung und -degradation letztlich durch das öffentliche Programm getragen werden.

Die Fixierung auf das Wachstum der Wirtschaft hat dazu geführt, dass die Umweltschäden im gleichen Verhältnis wie das BIP gestiegen sind. Da die planetaren Grenzen immer enger werden und sogar überschritten werden, kann ein solches Modell nicht aufrechterhalten werden. Aus diesem Grund sollte Europa den Übergang zu einer Postwachstumsökonomie unterstützen. Vor diesem Hintergrund **müssen die Diskussionen über eine sinnvolle und ökologisch nachhaltige Vollbeschäftigung - in einem Europa jenseits des BIP-Wachstums - von sozialen und ökologischen Bewegungen vorangetrieben werden.**

Dieses Diskussionspapier basiert auf der Analyse in der Broschüre [“Sufficiency: Moving beyond the gospel of eco-efficiency”](#), die von Friends of the Earth Europe im März 2018 veröffentlicht wurde.



**Friends of
the Earth
Europe**

for the people | for the planet | for the future

Friends of the Earth Europe

Member Groups

Austria	Global 2000
Belgium (Wallonia & Brussels)	Les Amis de la Terre
Belgium (Flanders & Brussels)	Climaxi
Bosnia & Herzegovina	Centar za životnu sredinu
Bulgaria	Za Zemiata
Croatia	Zelena Akcija
Cyprus	Friends of the Earth
Czech Republic	Hnutí Duha
Denmark	NOAH
England, Wales & Northern Ireland	Friends of the Earth
Estonia	Eesti Roheline Liikumine
Finland	Maan Ystävät Ry
France	Les Amis de la Terre
Georgia	Sakartvelos Mtsvaneta Modzraoba
Germany	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Hungary	Magyar Természetvédők Szövetsége
Ireland	Friends of the Earth
Latvia	Latvijas Zemes Draugi
Lithuania	Lietuvos Zaliuju Judėjimas
Luxembourg	Mouvement Ecologique
Macedonia	Dvizhenje na Ekologistite na Makedonija
Malta	Friends of the Earth Malta
The Netherlands	Milieudefensie
Norway	Norges Naturvernforbund
Poland	Polski Klub Ekologiczny
Russia	Russian Social Ecological Union
Scotland	Friends of the Earth Scotland
Slovakia	Priatel'ia Zeme
Slovenia	Focus Association for Sustainable Development
Spain	Amigos de la Tierra
Sweden	Jordens Vänner
Switzerland	Pro Natura
Ukraine	Zelenyi Svit

Friends of the Earth Europe (FoEE) setzt sich für eine nachhaltige und gerechte Gesellschaft und den Umweltschutz ein. FoEE vereint über 30 staatliche Organisationen mit tausenden lokalen Gruppen und ist Teil von Friends of the Earth International, dem weltgrößten Basisnetzwerk für Umweltschutz.